
SVR Macau

37 Bisher kein Fall von SARS in Macau

Kein einziger Fall von SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome, Schwere Akutes Atemwegssyndrom) ist bisher in Macau bekannt geworden, und das trotz der Nähe zum betroffenen Hongkong. Der Direktor des Gesundheitsamts Koi Kuok Ieng sagte, es sei schwer zu erklären, warum Macau und einige andere Städte am Südwestufer des Perlfluss (Zhujiang)-Deltas bislang von der hochansteckenden Krankheit verschont geblieben sind. Ein Repräsentant der Weltgesundheitsorganisation WHO, Kouichi Morita, der Macau besuchte, bestätigte am 12. April, dass kein SARS-Fall in Macau gefunden worden sei, und nannte die dortigen Präventivmaßnahmen effektiv und angemessen. Koi Kuok Ieng teilte der Presse mit, dass dem WHO-Vertreter drei Berichte übergeben worden seien: über die gegenwärtige Gesundheitssituation in Macau und die Einsetzung einer SARS-Koordinierungsgruppe, über Vorsichtsmaßnahmen gegen SARS und über die Überwachung der SARS-Situation. Kouichi Morita besichtigte das Zentrum für die Bekämpfung und Vorbeugung von Krankheiten sowie die Isolier- und Intensivstationen und Notaufnahmen in den zwei Kliniken Macaus und ließ sich über die Behandlung von Patienten unterrichten, die im Verdacht stehen, mit SARS infiziert zu sein. Die Regierung versprach „totale Transparenz“ beim Umgang mit dem Virus. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 24.-28.3., 2.-12.4.03; SCMP, 11.4.03) -ljk-

38 Weiteres Wirtschaftswachstum im Jahr 2002

Das Statistikamt von Macau gab am 2. April bekannt, dass für 2002 ein Wachstum von 9,5% erwartet werde. Vorsichtige Kommentatoren hatten mit etwas über 5% gerechnet. Jüngsten Statistiken zufolge stieg Macaus Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 49,8 Mrd. MPtc (6,2 Mrd. US\$) im

Jahr 2001 auf 54,1 Mrd. MPtc (6,5 Mrd. US\$) im letzten Jahr. Der Pro-Kopf-Betrag stieg auf 123.354 MPtc (14,861 US\$). Wenn die Zahlen stimmen, hätte Macau letztes Jahr eine der höchsten BIP-Wachstumsraten in Asien erzielt, zusammen mit dem chinesischen Festland und mehreren Staaten in Zentralasien, vor allem Turkmenistan. Hongkongs BIP wuchs 2002 um 2,3%. Im vierten Quartal 2002 betrug das Wirtschaftswachstum dank starken Exports und des tertiären Sektors 14,7%. Macaus Devisenreserven beliefen sich Ende letzten Jahres auf 30,5 Mrd. MPtc (3,81 Mrd. US\$), ein Anstieg um 8,1% im Vergleich zum Jahr zuvor. Das Nettoauslandsvermögen betrug 98 Mrd. MPtc, 15% mehr als im Jahr 2001. Der Tourismusstrom (letztes Jahr verzeichnete Macau 11,5 Mio. Besucher, 12,2% mehr als 2001) kurbelte die Glücksspielindustrie an, die 2002 8,1 Mrd. MPtc (etwa 1 Mrd. US\$) an Steuern und Abgaben an den Regierungsfonds abführte. Nach Aussage von Lionel Vai Tac Leong, Direktor des Forschungszentrums für Entwicklungsstrategien von Macau, steht Macau unter großem Druck, ein solches Wirtschaftswachstum in diesem Jahr beizubehalten. Einerseits dämme SARS den Tourismus (seit Mitte März berichten die Betreiber von Hotels, Kasinos, Fähren und Reisegesellschaften Umsatzeinbußen von 30%), andererseits seien Macaus Exporte durch den Irak-Krieg gefährdet, da fast die Hälfte der Exporte Macaus für den amerikanischen Markt bestimmt sind. Das Wirtschaftswachstum dieses Jahr werde somit von inneren Anschlägen abhängen, wie größere, von der Regierung finanzierte Infrastrukturinvestitionen und die Entwicklung der Glücksspielindustrie. Leong gab bekannt, dass in den nächsten drei Jahren in Macau 15 Mrd. MPtc (8,3 Mrd. US\$) Investitionen in eine Reihe von Bauprojekten getätigt würden. Einer der beiden neuen Kasinokonzessionäre, The Venetian, wird am Ende dieses Jahres das Las Vegas Sands in Macau eröffnen. Für ihr erstes lokales Projekt bot der Konzessionär 3.500 neue Arbeitsplätze an. 40.000 Menschen, fast 20% von Macaus Arbeitskräftepotenzial oder 10% der Gesamtbevölkerung, bewarben sich im Verlauf einer viertägigen Rekrutierungsmesse. Die Arbeitslosigkeit liegt seit langem bei etwa 13.000 Personen oder

rund 6% des Arbeitskräftepotenzials. (XNA, 3.4.03; SCMP, 14.3.03) -ljk-

Taiwan

39 Irak-Konflikt: Nervosität, Opposition, Aufbauhilfe

In Taiwan machte sich im Umfeld des Irak-Krieges eine gewisse Nervosität bemerkbar. Die Regierung, die ihre verbale Unterstützung für die Kriegspolitik der US-Regierung mehrfach bekräftigte, sah dreifachen Anlass zur Sorge: im Hinblick auf die Wirtschaft – vor allem im Falle eines sich länger hinziehenden Konflikts –, sicherheitspolitisch im Hinblick auf die Gefahr, dass China und eventuell auch Nordkorea versuchen könnten, die Lage in Fernost zu ihren eigenen Gunsten zu verändern, während die USA im Irak engagiert sind, sowie schließlich im Hinblick auf die innere Sicherheit durch erhöhte Gefahr terroristischer Aktionen.

Um möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen zu begegnen, hatte Taiwan schon im Februar Maßnahmen eingeleitet. (Vgl. C.a. 2003/2, Ü 35) Gleichwohl blieb das Problem den März hindurch ein Gegenstand nicht unerheblicher Sorge. Die Hoffnung lag auf einem kurzen Krieg: Bei einem bewaffneten Konflikt von drei bis sechs Wochen Dauer blieben die Auswirkungen gering, erklärte Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) am 7. März; anderenfalls litte die Wirtschaft in Europa und den USA, was sich wiederum auf Taiwan auswirken müsste. Befürchtet wurde eine Verknappung beim Öl wie auch beim Stahl. Bis Kriegsbeginn hatte Taiwan seine Mineralölreserven auf den Verbrauch von 115 Tagen aufgestockt – knapp unter dem avisierten Zielwert von 120 Tagen. Die Regierung gab bekannt, sie sei darauf vorbereitet, Rationierungen und Preiskontrollen durchzusetzen, sofern dies nötig würde. Unmittelbar betroffen waren die Fluggesellschaften bei Flügen nach Europa: Ihre üblichen Routen tangieren das Kriegsgebiet. China Airlines und Eva Air beantragten daraufhin bei der VR China das Recht, chinesisches Territorium

zu überfliegen. Dem Antrag von China Airlines wurde kurzfristig stattgegeben, bei Eva Air, die etwas später kam, wurde die Erlaubnis am Monatsende erwartet.

Um die Entwicklungen auf sicherheitspolitischem Gebiet zu verfolgen, setzte der nationale Sicherheitsrat auf Anweisung von Präsident Chen Shui-bian eine Sonderkommission ein; zudem entsandte die Regierung Militärexperten als Beobachter nach Nahost. Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin) erklärte, die USA hätten Taiwan zugesichert, Taiwans Interessen nicht Chinas Unterstützung (bzw. Neutralität) im Irak-Konflikt zu opfern. Bei Kriegsbeginn intensivierte der militärische Nachrichtendienst seine Arbeit, und eine zuvor eingerichtete Sonderkommission des Verteidigungsministeriums verfolgte die Entwicklungen.

Das militärische Interesse am Irak-Krieg speist sich dabei nur zum Teil aus Befürchtungen um eine Verschärfung der Sicherheitslage. Ebenso interessant ist der Krieg als Testgelände für Waffensysteme, die zu erwerben Taiwans Militär erwägt. Speziell geht es um die Treffgenauigkeit von Patriot-Abwehrraketen. Das Verteidigungsministerium erklärte, von 11 Scud-Raketen, die der Irak abfeuerte, seien nur zwei durch Patriot-Raketen der 2. Generation abgeschossen worden. Ehe man sich zum Kauf von teuren Patriot-Abwehrsystemen der 3. Generation entschliesse, müsse man sicher sein, dass sie besser treffen als die alten.

Konkrete Maßnahmen wurden zur Stärkung der inneren Sicherheit ergriffen, vor allem an See- und Flughäfen sowie an Auslandsvertretungen, hier besonders an der inoffiziellen Repräsentanz der USA. Auch zwei Technologieparks verschärfen ihre Sicherheitsmaßnahmen. Sondereinheiten des Heers schützten sensible Objekte. Einige Aufregung verursachte die Meldung, pakistanische oder arabische Terroristen seien nach Taiwan eingedrungen. Es gab dafür jedoch keine Bestätigung. Allerdings stellen Pakistanner, die sich illegal im Lande aufhalten, ein Problem dar: Unter dem Vorwand, Geschäftskontakte knüpfen zu wollen, besorgen sie sich von einer taiwanischen Firma eine Einladung, tauchen dann unter und nehmen eine ille-

gale Beschäftigung an. Die Regierung richtete für alle Fälle ein „Antiterroristisches Kommandozentrum“ ein.

Während sich die Regierungspartei DPP voll hinter die Regierungspolitik stellte, kam Kritik von der Opposition: Die Regierung riskiere, den Hass von islamischen Staaten auf sich zu ziehen. Wissenschaftler bemängelten, es sei unklug, sich „unkritisch“ auf die Seite der USA zu schlagen. Besser fahre man, indem man mit möglichst vielen Nationen gut Freund sei. Beide Argumente erstaunen, denn Taiwans Regierung blieb angesichts der (alternativen) Rolle der USA bei der Gewährleistung der nationalen Sicherheit gar keine andere Wahl, als den US-Standpunkt im Wesentlichen zu übernehmen. Es kam auch erneut zu Antikriegsdemonstrationen. Die Teilnahme blieb jedoch schwach. (CNAT, nach BBC PF, 12.3., 13.3., 20.3., 21.3., 22.3., 24.3.03; CNAT, nach BBC EF, 7.3.03; FT, 14.3.03; Government Information Office, nach BBC PF, 20.3.03; TH, 19.3., 20.3., 21.3., 25.3., 27.3.03; Taiwan News, nach BBC PF, 25.3.03; TT, 14.3., 25.3.03)

Unterdessen rücken Maßnahmen bei der Flüchtlingshilfe und zur Hilfe beim Wiederaufbau verstärkt in den Blickpunkt. Eine buddhistische Wohltätigkeitsorganisation überwies zur Flüchtlingshilfe bereits 100.000 US\$ an ihre Partnerorganisation in Jordanien und kündigte den Versand von Hilfsgütern an. Andere Wohltätigkeitsvereine gaben ähnliche Pläne und Aktionen bekannt. Die Regierungspolitik geht in die gleiche Richtung: Bis Ende März sollte staatliche Flüchtlingshilfe im Wert von 150 Mio. NT\$ (ca. 4,2 Mio. Euro) auf den Weg gebracht werden.

Die Debatten um Taiwans Stellung im Irak-Konflikt lassen eine realistische Einschätzung der eigenen Bedeutung vermissen. Da Taiwan jenseits seiner Grenzen außer für die USA politisch keine Rolle spielt, mutet es seltsam an, wenn Regierung und Opposition glauben, ihre Position im Irak-Konflikt könnte Auswirkungen auf den eigenen außenpolitischen Spielraum haben. Im Vergleich zu den Zeiten unter Präsident Lee Teng-hui ist man allerdings bescheidener geworden. Um Taiwans Wahrnehmung auf internationaler Ebene zu stärken, hatte Lee seiner-

zeit beim Kosovo-Konflikt noch humanitäre Hilfe im Umfang von 300 Mio. US\$ versprochen. (CNAT, nach BBC PF 20.3., 25.3.03; TT, 24.3.03) -hws-

40 Präsident Chen: vorerst definitiv keine Direktverbindungen nach China

Präsident Chen Shui-bian hat sich nun eindeutig auf die Seite derer geschlagen, die hinsichtlich einer stärkeren Öffnung Taiwans gegenüber dem Festland mehr Risiken als Chancen sehen. Ende des Monats erklärte er gegenüber Anhängern, Direktverbindungen seien unter den gegenwärtigen Bedingungen definitiv keine Option. Schon viel Kapital sei aus Taiwan nach China geflossen; sollten nun Hightech-Experten folgen, wäre eine „Aushöhlung“ Taiwans die unvermeidliche Folge. Direktverbindungen gefährdeten nicht nur Taiwans nationale Sicherheit, sondern gingen an die Wurzel seiner Existenz.

Die Äußerungen bedeuten einen deutlichen Wandel in der Chinapolitik der Chen-Regierung. Seit seinem Amtsantritt hatte Chen die Erwartung genährt, die Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen auf die andere Seite der Taiwan-Straße vorbereiten zu wollen. Die Zulassung eines kleinen Grenzverkehrs seit Anfang 2001 war als erster Schritt erfolgt. Der Forderung nach mehr Öffnung zu entsprechen, die im August 2001 eine Wirtschaftsberaterkommission vorgelegt hatte, hatte sich Chen explizit verpflichtet. Ein Jahr später waren die Beschränkungen vorsichtig gelockert worden, denen taiwanische Firmen bei Investitionen auf dem Festland unterliegen. Letzten Oktober schließlich hatte auch die Regierung in Beijing Entgegenkommen erkennen lassen und war von zuvor hochgehaltenen Prinzipien zugunsten von mehr Pragmatismus abgerückt. (Vgl. C.a., 2002/10, Ü 41) Damals allerdings befand sich Präsident Chen Shui-bian bereits auf dem Rückzug.

Welche Position – die öfFnungsskeptische oder die öfFnungsoptimistische – letztlich die richtige ist, ist im Vorwege schwer entscheidbar. Für Chens Skepsis spricht das mögliche Ausmaß der Risiken und die denkbare Irreversibilität der Folgen, die aus einer

Öffnung mit direkten Handels- und Verkehrsbeziehungen erwachsen könnten. Dennoch ist die Frage, wie lange Taiwan diese Position aufrechterhalten kann und ob seine Gestaltungsmöglichkeiten nicht im Laufe der Zeit immer schwächer werden. Internationale Firmen und Taiwans global agierende Unternehmer könnten Chens definitive Absage als Signal werten, den Standort Taiwan nun noch schneller aufzugeben als zunächst geplant. Die Deutsche Bank rechnete jüngst in einer Studie vor, dass Direktverbindungen die Transportkosten für taiwanischen Firmen halbieren würden. Die Kosten für Finanztransaktionen würden sich um 30% reduzieren, und die Direktverbindungen trügen zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei. Gibt es keine Chance auf baldige Verwirklichung dieser Einsparungen, könnten die Firmen gleich nach China umziehen.

Sollte Chen seine skeptische Position beibehalten, würden die Direktverbindungen zu einem Haupt-Wahlkampfthema bei den nächsten Präsidentenwahlen, sprechen sich doch die Führer der Oppositionsparteien für die rasche Einrichtung von Direktverbindungen aus. Tatsächlich dürften Wahlkampfüberlegungen zu Chens Festlegung beigetragen haben. Einer im Januar veröffentlichten demoskopischen Untersuchung zufolge befürworten zwar 70% der befragten Taiwaner Direktverbindungen unter gewissen Bedingungen, aber 60% haben Angst vor Folgewirkungen wie Arbeitslosigkeit und Kapitalflucht. Außerdem spricht sich die Union für Taiwan-Solidarität (TSU), einziger Verbündeter der Regierungspartei im Parlament, vehement gegen Direktverbindungen und eine stärkere Öffnung aus. (CNAT, nach BBC PF, 27.1.03; TH, 24.3., 27.3.03) -hws-

41 Europäisches Wirtschafts- und Handelsbüro eröffnet

Die Europäische Union ist seit dem 10. März erstmals offiziell in Taiwan präsent: mit einem Wirtschafts- und Handelsbüro. Laut Presseerklärung der Europäischen Kommission in Gestalt ihres Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten Chris Patten unterstreicht die Eröffnung „die stetige Entwick-

lung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan“ und trägt damit der Bedeutung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen Rechnung. Für Taiwan bedeutet die lang ersehnte Eröffnung der Repräsentanz einen diplomatischen Erfolg, auch wenn sie sich lediglich Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten widmet und gemäß der Ein-China-Doktrin „keine Beziehungen diplomatischer oder politischer Natur unterhalten“ wird. Erster Leiter des Büros ist der Ire Brian McDonald. (<http://europa.eu.int>, Meldung vom 10.3.03; TT, 11.3.03) -hws-

42 Flugverkehr mit Südkorea wird fortgeführt

Der nach zehnjähriger Pause Ende Dezember versuchsweise wieder aufgenommene Flugverkehr zwischen Taiwan und Südkorea wird fortgeführt – weiterhin in Form (nomineller) Charterflüge, und zwar zunächst bis Ende Mai. Das beschloss die Regierung in Seoul, und die taiwanische Luftbehörde zog mit ihrer Genehmigung nach. Korean Airlines und die anderen beteiligten Luftfahrtunternehmen hatten entsprechend Druck gemacht: Die Route Seoul-Taipei ist lukrativ, die Auslastung der Flüge liegt mit 80% über dem Durchschnitt; für die übrigen Destinationen – darunter von Taipei in die koreanischen Wintersportgebiete – dürfte Ähnliches gelten.

Korea zögert weiterhin mit der Zulassung regulärer Linienflüge, denn ein offizielles Abkommen mit Taiwan wäre mit Rücksicht auf China nicht opportun, vor allem nicht in der derzeitigen angespannten Lage auf der koreanischen Halbinsel, bei der Seoul auf Beijinger Goodwill angewiesen ist. Dennoch ist offensichtlich, dass die neue Regierung in Seoul die Dinge pragmatischer sieht als die alte. Den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Industrienationen Taiwan und Südkorea wird es gut tun, und nachdem die Charterflugregelung nun einmal verlängert wurde, darf man erwarten, dass es auch nach Ende Mai weiterhin Direktflüge geben wird. (FT, 6.3.03; CNAT, nach BBC PF, 11.3.03) -hws-

43 SARS: Taiwan, die WHO und die Lungenkrankheit

Mitte März stellte Taiwan die ersten Fälle fest, bei denen Verdacht auf die neue atypische Lungenentzündung SARS bestand; betroffen waren zwei aus Shenzhen (Südchina) eingereiste Personen. Gleichzeitig gab die Regierung eine erste vorsichtige Reisewarnung für Hongkong heraus, ohne freilich von Hongkongreisen generell abzuraten. Kurz darauf begannen in Taipei Forschungen zur Bestimmung des Virus. Am 17. März forderte die Gesundheitsbehörde alle Krankenhäuser und örtlichen Gesundheitsämter auf, alle Verdachtsfälle auf SARS zu melden. Am 19. März befasste sich das Kabinett erstmals mit SARS. Am 27. März wurde SARS offiziell zur meldepflichtigen, ansteckenden Seuche erklärt. Zu der Zeit war die Zahl der bestätigten Fälle auf zehn gestiegen, und es gab 56 Verdachtsfälle. 500 Personen, die mit Infizierten Kontakt gehabt hatten, waren aufgefordert worden, zu Hause zu bleiben. Am 30. März wurde für alle aus- und einreisenden Flugpassagiere die schriftliche Beantwortung SARS-relevanter Fragen Pflicht. SARS-bedingte Todesfälle wurden bis Ende März nicht gemeldet.

Die Pandemie beleuchtet die für Taiwan seit langem beklagte Situation, von der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgeschlossen und nicht einmal als Beobachter zugelassen zu sein, und unterstützt Taiwans Argumentation. Wenn Seuchen zu bekämpfen sind, die sich binnen Kurzem weltweit verbreiten, kann es nicht angehen, dass einige Millionen Menschen, die als Opfer und Überträger in Frage kommen, einfach als nicht existent postuliert werden. Genau das tat die WHO zunächst in ihren Berichten über SARS-Meldungen weltweit: Taiwan hatte seine Verdachtsfälle der WHO zwar mitgeteilt, erhielt jedoch keine Antwort, und das Land wurde im Bericht unterschlagen.

In der dritten Ausgabe des Berichts tauchte Taiwan dann auf, und zwar als „Taiwan (China)“. Da sich Taiwan nicht länger ignorieren ließ, wurden Beamte des amerikanischen Seuchenkontrollzentrums auf Bitten der WHO in Taiwan tätig. Direkte Unterstützung durch die WHO blieb jedoch aus.

Taiwans Gesundheitsbehörden und die Regierung erwiesen sich im Laufe des Monats als recht effizient und alert im Umgang mit der Seuche. Trotz der hohen Zahl von Flugreisenden zwischen Taiwan auf der einen und Hongkong sowie der besonders betroffenen Provinz Guangdong auf der anderen Seite blieb die Zahl der nachgewiesenen Infektionen sehr niedrig. Die frühzeitig eingeleiteten Quarantänemaßnahmen verhinderten bis Ende März, dass die Situation außer Kontrolle geriet.

Trotzdem blieben wirtschaftliche Folgen nicht aus. 29 Aussteller sagten wegen SARS Ende des Monats kurzfristig ihre Teilnahme an der internationalen Fahrradmesse in Taipei ab, darunter die Firma Magura aus Deutschland. Besonders stark ist der Tourismussektor betroffen – nicht nur durch SARS, sondern auch durch den Irakkrieg. Ende März lagen noch keine Zahlen für März vor, einen Hinweis auf das Ausmaß des Einbruchs lieferten allerdings Besucherzahlen vom Taipeier Zoo: Sie lagen am letzten Märzwochenende bei weniger als der Hälfte der üblichen Werte.

Ein für Taiwan günstiger Nebeneffekt der Pandemie könnte sein, das sie das Land dem angestrebten Beobachterstatus in der Weltgesundheitsorganisation näher bringt. Grund zu vorsichtiger Zuversicht verschaffte Taiwan auch ein Votum des US-Repräsentantenhauses: Schon bevor SARS international akut wurde, stimmte es mit 414 zu 0 Stimmen für eine Resolution, die US-Präsident Bush auffordert, nach Wegen zu suchen, die Taiwan eine Teilnahme an der nächsten WHO-Generalversammlung in Genf ermöglichen. (CNAT, nach BBC PF 14.3., 16.3., 19.3., 25.3., 29.3., 30.3.03; RTHK Radio 3, nach BBC PF 14.3.03; TH, 31.3.03; TT, 15.3., 18.3., 20.3., 28.3.03) -hws-

44 Kandidaten des „blauen Lagers“ für die nächste Präsidentenwahl bestimmt

Die Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT) und die People First Party (PFP) wählten im März ihre offiziellen Kandidaten für die Präsidentenwahl im Frühjahr 2004. Überraschungen gab es nicht: Für die

KMT tritt ihr Vorsitzender Lien Chan (Lian Zhan) an, für die PFP deren Vorsitzender James Soong (Song Chuyu). Beide wollen im Rahmen eines kürzlich geschlossenen Wahlbündnisses gemeinsam kandidieren: Lien für das Amt des Präsidenten, Soong für das des Vizepräsidenten. (Vgl. C.a., 2003/2, Ü 37) Beide eint das Bestreben, Chen Shui-bian aus dem Amt zu drängen. Die Person, die dies mit guter Aussicht auf Erfolg tun könnte, nämlich der Taipeier Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu, KMT) hatte seine Kandidatur nicht angemeldet. Die Erfolgsaussichten Lien Chans gelten nicht als sonderlich groß, auch wenn das „blaue Lager“ aus KMT und PFP deutlich stärker ist als das „grüne“ um die Regierungspartei DPP.

Als Datum der Wahl wurde unterdessen der 20.3.2004 festgelegt. (CNAT, nach BBC PF, 19.3., 27.3., 30.3.03) -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.